

Die öffentliche Meinung

ELISABETH NOELLE-NEUMANN

Als Mitte April 1999, etwa zwei Monate vor der Wahl zum Europäischen Parlament vom 13. Juni 1999 gefragt wurde: „Wissen Sie zufällig, wann die nächste Europawahl ist, ich meine, bei der das europäische Parlament gewählt wird?“ konnten 17% richtig, wenn auch fast immer ohne das konkrete Datum antworten, 12% sagten: „In diesem Sommer“, zusammen 29%. 10% machten falsche Angaben, 61% sagten rundheraus, sie wüßten es nicht.¹ Ein Pressebericht, in dem über diese Ergebnisse berichtet wurde, schloß mit dem lakonischen Absatz: „Wenn sich schließlich in den nächsten Wochen (...) die Kunde von der Europawahl ausbreitet, läßt sich ein spontanes Umfunktionieren der Wahl in ein Plebiszit für oder gegen die Rot-Grüne Regierung nicht ausschließen.“²

Die gleichzeitig in den sechs Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen Anhalt, Thüringen, Saarland und Rheinland-Pfalz abgehaltenen Kommunalwahlen bestätigten den Charakter eines politischen Stimmungstestes. Sie zeigten genauso wie das Ergebnis der Europawahl gegenüber der Bundestagswahl vom September 1998 erdrutschartige Verschiebungen zugunsten der Christdemokraten.³ Als die seit 1987 regelmäßig für ein Wirtschaftsmagazin befragte Elite aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung, rund 600 Spitzenleute, gefragt wurde: „Ist die CDU/CSU auf dem Weg zu einem ‘Come-Back’, hat sie eine Chance bei der nächsten Bundestagswahl, oder würden Sie das nicht sagen?“ befürworteten dies vor der Europawahl 62% und nach der Europawahl 79%.⁴

Bedenken gegenüber negativen Folgen der Vertiefung

Vorwürfe an die Adresse der Bevölkerung wegen der niedrigen Wahlbeteiligung (45,2% gegenüber 60,0% 1994),⁵ oder wegen des geringen Interesses an Europa sind nicht am Platze. Resigniert wegen des unvermeidlichen Wechsels von der D-Mark zum Euro zum 1. Januar 1999 hatte sich die deutsche Bevölkerung sogar in einen gewissen Optimismus hineingesteigert. Als im Januar 1999 gefragt wurde: „Machen Sie sich Sorgen, daß unser Geld durch die Einführung des Euro an Wert verliert, oder vertrauen Sie darauf, daß das Geld seinen Wert behält?“ antworteten 52%: „Ich vertraue darauf, daß das Geld seinen Wert behält.“ Nur 39% hielten an der seit Jahren gehegten Skepsis fest: „Ich mache mir Sorgen“.⁶

Aber nur vier Monate später sah die Mehrheit der Bevölkerung ihre Befürchtungen bestätigt. Als im April 1999 erneut gefragt wurde, „Machen Sie sich Sorgen, daß unser Geld durch die Einführung des Euro an Wert verliert, oder

DIE POLITISCHE INFRASTRUKTUR

vertrauen Sie darauf, daß das Geld seinen Wert behält?“ zeigten sich bereits 50% besorgt, daß die Währung ihren Wert verlieren könne.⁷ Eine Reaktion auf den Medientenor konnte dieser Stimmungswandel der Bevölkerung nicht sein. Das Thema der gemeinsamen Währung war nach dem Einführungsbeschluß vom 3. Mai 1998 fast ganz aus den Medien verschwunden.⁸ Das heißt aber auch: Die Medien begleiteten die Einführung des Euro in den folgenden zwölf Monaten kaum mit Aufklärung und Information. Das Absinken der Euro-Wechselkurse interpretierte die Bevölkerung verständlicherweise als ein Anzeichen für den Verlust der Geldwertstabilität.

Hätte die Bevölkerung die Ergebnisse der Allensbacher Umfrage im Juni 1999 unter der deutschen Entscheider-Elite zum Thema Euro gesehen, sie hätte sie ganz unbegreiflich gefunden. Die Frage an die Elite lautete: „Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Schwäche des Euro: Hat die Schwäche des Euro wirtschaftlich eher Vorteile oder eher Nachteile für Europa? Was überwiegt?“ 50% der Führungskräfte der Wirtschaft erklärten, das sei ein Vorteil, nur 41%: „Ein Nachteil“. Dies zeigt, daß zwischen der in Wirtschaftsfragen allgemein ahnungslosen Mehrheit der Bevölkerung und gut informierten Führungskräften der Wirtschaft eine erhebliche Diskrepanz in der Einschätzung der gemeinsamen europäischen Währung besteht. Wie groß der Verlust des Vertrauens der Bevölkerung in den ersten vier Monaten nach der Einführung des Euro war, zeigte eine Allensbacher Umfrage im April 1999. Auf die Frage: „Glauben Sie, es war eine gute Entscheidung, daß der Euro am Anfang dieses Jahres eingeführt wurde, oder war es keine gute Entscheidung?“ antworteten 43%: „Es war keine gute Entscheidung“, nur noch 29% sagten: „Eine gute Entscheidung.“

In der Folge häuften sich für die Deutschen die unerfreulichen Europa-Eindrücke, und zwar ohne daß die Bevölkerung den Ereignissen mit Information folgen konnte. So kam es, nachdem sich die Belege für Korruption verdichtet hatten und unter dem Druck des Europäischen Parlamentes, im März 1999 zum geschlossenen Rücktritt der EU-Kommission. Dann manifestierte sich während der deutschen Präsidentschaft bei der Berliner Gipfelkonferenz, daß eine Korrektur der ungleichen finanziellen Lasten, die vor allem Deutschland aufgebürdet wurden, nicht in Aussicht stand.⁹ Und schließlich bestätigte sich das Mißtrauen der Deutschen, als die Flüchtlingsströme aus dem Kosovo von den Ländern der EU aufgefangen werden sollten. Die stärkste Zustimmung zu einheitlichen Regelungen in Europa hatte sich im August 1998 gefunden, als gefragt wurde: „Was meinen Sie: Sollte der Zuzug von Ausländern in die Europäische Union einheitlich geregelt werden, oder sollte jedes Land seine eigene Regelung beibehalten?“ 54% der deutschen Bevölkerung sprachen sich damals für eine einheitliche Regelung des Zuzuges von Ausländern aus, 37% dagegen. Nur 9% der Befragten blieben bei dieser Frage unentschieden.¹⁰

Als die durch den Kosovo-Krieg hervorgerufenen Flüchtlingsströme von den Ländern der Europäischen Union aufgenommen werden sollten, konnten sich die EU-Mitgliedstaaten tatsächlich auf eine gemeinsame Regelung, wie sie der deutschen Bevölkerung im Spätsommer 1998 vorschwebte, einigen. Dennoch nahm

Deutschland den weitaus größten Teil der Flüchtlinge auf. Die übrigen europäischen Länder hielten sich nicht an die beschlossenen Quoten. Eine Umfrage vom Mai 1999 zeigt, daß 80% der Bevölkerung sich dieser ungleichen Verteilung bewußt waren. 76% äußerten, bevor Deutschland weitere 10.000 Flüchtlinge aufnehme, sollten zunächst einmal die übrigen Länder ihre Kontingente erfüllen.¹¹ Die Europäische Union ist für die deutsche Bevölkerung eine Sache der Vernunft, angesichts der Globalisierung eine Notwendigkeit, aber keine Sache für das Herz. Sie muß sich erst mit dem Gedanken vertraut machen, daß die Europäische Union

Die EU: Ein Staatenbund ohne Bürger mit einem Gefühl für
Zusammengehörigkeit
(Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre)

Frage:

„Glauben Sie, daß es in der nächsten Generation so etwas wie eine europäische Vaterlandsliebe geben wird, oder glauben Sie das nicht?“

	Bevölkerung insgesamt		
	Mai 1997	April 1998	April 1999
	%	%	%
Ja, glaube ich.....	14	14	15
Nein, glaube ich nicht.....	68	68	71
Unentschieden.....	18	18	14
	100	100	100
n =	1105	1036	1076

Frage:

„Was fänden Sie besser: wenn sich die Kinder von heute später einmal eher als Deutsche oder eher als Europäer fühlen?“

	Bevölkerung insgesamt		
	Mai 1997	April 1998	April 1999
	%	%	%
Eher als Deutsche.....	48	54	49
Eher als Europäer.....	38	29	36
Unentschieden.....	14	17	15
	100	100	100
n =	1099	1031	1080

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 6044, 6056, 6076.

noch lange und vielleicht für immer ein Staatenbund sein wird, zu dem es in der Neuzeit nichts vergleichbares gibt, ein Gemeinwesen ohne ein Gefühl von Zusammengehörigkeit.

Mißtrauen und Unbehagen gegenüber der EU-Bürokratie

Jeder Schritt zu einem engeren Verbund innerhalb der Europäischen Union wird von den Deutschen mit Mißtrauen aufgenommen werden. Das erkennt man auch am Ergebnis einer Frage, die das schon erreichte Maß an Gemeinsamkeit so lebendig wie möglich vor Augen stellte: „Europa hat ja ein Parlament, eine einheitliche Währung und viele einheitliche Regelungen. Wenn Sie diese Entwicklung betrachten, glauben Sie, daß Europa nach und nach zu einem einheitlichen Staat zusammenwächst, ich meine jetzt so richtig mit einer gemeinsamen Polizei, mit einer gemeinsamen Armee, einem gemeinsamen Außenminister, mit einheitlichen Steuern und so weiter, oder wird Europa nicht zu einem Staat zusammenwachsen?“ Lediglich 23% der Bevölkerung dachten im April 1999, daß es einmal einen so weitgehenden Zusammenschluß geben könne. 51% erklärten: „Nein, zu einem solchen Staat wird Europa nicht zusammenwachsen“. Eine relative Mehrheit der Deutschen (46%) sagte auch ausdrücklich bei einer parallel gestellten Frage, daß sie ein solches Zusammenwachsen nicht wünsche.

Die Europäische Vereinigung wird von der Bevölkerung demnach als nüchtern erwogenes Zweckbündnis begriffen und nicht als ein Zueinanderstreben aufgrund einer tieferen Gemeinsamkeit. Die Unterschiede und Gegensätze erhalten dabei gegenüber den gemeinsamen Interessen zunehmend Gewicht. Auf die Frage: „Würden Sie sagen, unter den Ländern der Europäischen Union überwiegen Gemeinsamkeiten und gemeinsame Interessen, oder überwiegen Gegensätze und unterschiedliche Interessen?“ hatten im September 1998 33% geantwortet: „Die Gemeinsamkeiten und die gemeinsamen Interessen überwiegen“; 48% sahen eher die Gegensätze. Im April 1999 antworteten 59% der deutschen Bevölkerung: „Die Gegensätze und unterschiedlichen Interessen überwiegen“, nur noch 22% hatten das Gefühl, daß die Gemeinsamkeiten vorherrschen.¹²

Nicht die fachlichen Leistungen der EU-Kommission, die von Insidern oft gelobt werden, stehen der Bevölkerung damit vor Augen, sondern das Bild einer fernen, in ihren Machtentscheidungen unerreichbaren Bürokratie. „Wenn Sie einmal an die Europäische Kommission, an die EU-Kommissare denken: Würden Sie sagen, das sind größtenteils erstklassige Fachleute, oder sind das vor allem Bürokraten?“ „Vor allem Bürokraten“ sagen 57%. „Erstklassige Fachleute“ urteilen 8%. Wo die Bürokratie in nationale Besonderheiten, regionale Spezialitäten hineinregiert, insbesondere in den Bereich des Essens und Trinkens, wird der Mißmut besonders virulent. Regelungen aus nicht durchschauten praktischen Gesichtspunkten, etwa die inzwischen bekannten Regelungen über die Krümmung von Gurken, um sie beim Transport innerhalb der EU besser packen zu können, verstärken das Gefühl, eine kalte Bürokratie regiere Europa.

Wie abstrakt Europa für die Deutschen ist, zeigte sich bei einer Frage ohne Antwortvorgaben: „Worin unterscheiden wir Europäer uns von anderen Völkern dieser Welt?“ Es gab keine deutlichen, das eigene Gemeinwesen kennzeichnende Antworten, sondern nur diffuse, ganz offenbar weder von den Medien noch Gesprächen zwischen den Menschen beeinflusste Stichworte. Ob sich irgendwann einmal ein Stereotyp für Europäer herausbilden wird, wie es das seit Jahrhunderten für jede europäische Nation gibt, bleibt offen.

Das Selbstbild der Europäer, wie die Deutschen es sehen, ist diffus
(Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre)

Frage:

„Was meinen Sie: worin unterscheiden wir Europäer uns von anderen Völkern dieser Welt?“ (offene Frage, ohne Antwortvorgabe)

Bevölkerung
insgesamt (%)

Mehr als 20 Unterschiede werden genannt. Darunter kommt keine Angabe auf mehr als 15%. Als Unterschiede wurden beispielsweise genannt:

Kultur, Bildung.....	15
Religion, Moralvorstellungen, Weltanschauung.....	15
Europäer sind arbeitsam, gewissenhaft, gründlich.....	10
Wir unterscheiden uns im Wohlstand, Lebensstandard.....	8
Rassenmerkmale, z.B. Hautfarbe.....	6
Die Europäische Geschichte.....	4
Tradition.....	4
Niveau der Technologie.....	3
Europäer sind ernst, zu ernst, verbissen.....	3
Europäer sind ehrlich, zuverlässig, korrekt.....	3
Europäer sind ordentlich.....	3
Europäer sind überheblich, arrogant.....	2
Soziale Sicherheit in Europa.....	2

Auf keine weitere Angabe entfielen mehr als 1%.

Europäer unterscheiden sich nicht von den anderen Völkern der Welt.....21

Weiß nicht, keine Angabe.....22

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6076, April 1999.

Man kann verstehen, daß die Parteien in ihren Aufwendungen für den Wahlkampf vor der Europawahl eher sparsam waren. Die Politiker wissen von der Lage. Europa ist notwendig, die Europäische Union ist unvermeidlich, aber sie hat nichts Erwärmendes. Um so höher ist es Helmut Kohl anzurechnen, daß er von der Mitte der achtziger Jahre an den größten Teil seiner Energie auf Europa verwandt hat – und zwar mit erstaunlichem Erfolg nicht nur allgemein, sondern auch speziell bei CDU-Anhängern. Erst nachdem im Spätsommer 1998 der Beschluß, den Euro einzuführen, gefaßt war, ließ diese Anfeuerung der CDU/CSU-Anhänger nach, und rasch veränderte sich ihre Stimmung. Jetzt waren die Linken wieder wie vor Kohl die Internationalisten.¹³ Man kann voraussehen, daß jeder Appell an Europa-Gesinnung einstweilen resonanzlos bleiben wird. Die nationalen Interessen haben Vorrang, ihnen ist die Aufmerksamkeit sicher.

Und doch finden sich im Material der Umfragen Kennzeichen, daß Europa Realität besitzt. Es wurde gefragt: „Sind Sie dafür oder dagegen, daß Länder wie Polen, Ungarn oder Tschechien Mitglied in der Europäischen Union werden?“ Die Deutschen stimmen der Osterweiterung überwiegend (40%) zu, vor allem die Ostdeutschen (48%). Daß diese Stimmung nicht pragmatisch, also vor allem von Nutzerwägungen bestimmt ist, zeigt die daran anschließende Frage: „Einmal unabhängig davon, ob Sie dafür oder dagegen sind: Warum sollten diese Länder in die Europäische Union aufgenommen werden?“ „Um eine Pufferzone zu Rußland zu bilden,“ war für 14% das wichtigste. 7% wollen Länder wie Polen, Ungarn oder Tschechien durch eine Aufnahme in die Europäische Union vor Rußland schützen. Die stärkste Zustimmung, 52%, findet die Begründung, man sei für die Osterweiterung, „weil sie Europäer sind und alle Europäer in der Union sein sollten.“¹⁴

Anmerkungen

- 1 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6076.
- 2 Noelle-Neumann, Elisabeth: Europawahl aus heiterem Himmel, Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 19.5.1999. Dokumentation der vollständigen Ergebnisse im Allensbacher Archiv.
- 3 Bei der Wahl zum EP am 13.6.1999 verbesserten CDU und CSU ihren Stimmanteil um 9,9 Prozentpunkte auf 48,7%; für die SPD wurden 30,7% der Stimmen abgegeben.
- 4 Allensbacher Archiv, CAPITAL-Führungskräfte-Panel, IfD-Umfrage 4214.
- 5 Im Durchschnitt der 15 Länder betrug die Wahlbeteiligung 49,4%.
- 6 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6072.
- 7 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6076.
- 8 Vgl. „Für den Euro interessiert sich keiner mehr – Als Medienthema nach Einführung und Abwertung verschwunden.“ In: Medien Tenor, Forschungsbericht Nr. 84 v. 15.5.1999, S. 35.
- 9 In den Medien war das Ziel einer solchen Entlastung bereits im Dezember 1998 mit großem Nachdruck angekündigt worden (vgl. Medien Tenor, Forschungsbericht Nr. 82 v. 15.3.1999, S. 36f.); die Ergebnisse des Berliner Gipfels wurden dann jedoch von den Medien eher kritisch bewertet (Medien Tenor, Forschungsbericht Nr. 85 v. 15.6.1999, S. 38).
- 10 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6062.
- 11 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6077.
- 12 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6076.
- 13 Noelle-Neumann, Elisabeth: Europawahl aus heiterem Himmel, FAZ v. 19.5.1999, S. 5.
- 14 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6076.